

mindest mit dem Zugeständnis für ein „halbautonomes Gebiet“ entgegenzukommen.

Die Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses durch den Vorsitzenden der Unabhängigen Wahlkommission, Johann Kriegler, wurde von einer äußerst brisanten Information begleitet. Da es bei der Wahl, die im großen und ganzen frei und fair verlaufen sei, dennoch eine Reihe von organisatorischen Pannen und Unregelmäßigkeiten, ja sogar Fälschungen und Betrugsversuche gegeben habe, müßten bis zu 30 Prozent der Stimmen in Zweifel gezogen werden. Nachdem eine exakte Festlegung und Bewertung der einwandfreien Stimmen für die Zählung kaum mehr möglich gewesen sei, hätten sich die führenden Parteien zusammengesetzt und im gegenseitigen Einvernehmen das verkündete Endergebnis ausgehandelt. Anders ausgedrückt: Das Wahlergebnis entspricht möglicherweise nicht exakt den abgegebenen Stimmen, es spiegelt jedoch eindeutig das relative Gewicht der Parteien wider und kommt den Erwartungen und Wahlzielen der Hauptakteure entgegen.

Die hier zum Ausdruck kommende Praxis widerspricht möglicherweise dem auf akkurate Exaktheit ausgerichteten westlichen Demokratieverständnis; sie ist jedoch andererseits symptomatisch für die besondere Verhandlungskultur, die sich in Südafrika über die letzten Jahre hinweg entwickelt hat, und für die Bereitschaft, einen allseits getragenen Kompromiß auch nach einer Wahl durchzuhalten. Viele Indizien sprechen durchaus dafür, daß der ANC *freiwillig auf die Zweidrittelmehrheit* verzichtet hat und daß mit leichten Korrekturen auch die Nationale Partei und Inkatha diejenigen Stimmenanteile erhalten haben, die von ihnen als gute Aus-

gangsbasis für eine Mehrparteienregierung angesehen werden. Das ausgehandelte Ergebnis beweist, daß die südafrikanischen Politiker die Fehler anderer afrikanischer Staaten vermeiden möchten, wo nach den Wahlen neue Konflikte aufgebrochen sind, weil der Wahlverlierer das Resultat nicht anerkennen wollte. Ein besonders abschreckendes Beispiel in dieser Beziehung ist Angola, das nach erfolgreich abgeschlossener Wahl wieder in den Bürgerkrieg verfiel, weil der UNITA-Führer Savimbi nicht bereit war, seine Wahlniederlage einzugestehen und eine Regierung der Nationalen Einheit nicht ernsthaft zur Diskussion stand.

Das alle zufriedenstellende Wahlergebnis entspricht in jeder Weise der Politik der Nationalen Versöhnung, die schon vor der Wahl durch intensive Bemühungen geprägt war, möglichst alle Parteien am Abstimmungsprozeß zu beteiligen. In der neuen Kabinettsliste, die nun vorliegt, manifestiert sich die gleiche Zielrichtung: Neben den Repräsentanten der verschiedenen Flügel des ANC-Parteienbündnisses finden sich dort auch prominente Vertreter der Nationalpartei und der Inkatha Freedom Party. Mit Innenminister *M. Buthelezi* und mit Finanzminister *D. Keys* sind schon im Vorfeld viele Befürchtungen über einen zu radikalen Kurs der neuen Regierung abgemildert und Gegensätze überbrückt worden. Mandela versucht, mit einer moderaten Politik die Kapitalflucht zu verhindern und Investitionen ins Land zu locken. Schließlich konnten die Feiern zum Machtwechsel in Pretoria nur deswegen so prunkvoll ausfallen und so prominent besucht werden, weil auch die internationale Staatengemeinschaft und vor allem die zukünftigen Kreditgeber Südafrikas mit dem „Bilderbuchergebnis“ der Wahl mehr als zufrieden waren.

Heribert Weiland

Last der Freiheit

Die innere Zerrissenheit der Russisch-Orthodoxen Kirche

Rußland steckt in einer tiefen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Krise, deren Ende nicht absehbar ist. Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK), größte Religionsgemeinschaft des Landes, hat an dieser Krise teil. In ihr haben derzeit national-reaktionäre Kräfte beträchtlichen Einfluß, die antiwestliche und antisemitische Polemik betreiben. Patriarch Aleksij, auf gemäßigt-nationalem Kurs, setzt Gegenakzente; die Zahl der wirklichen Reformer in der Russischen Orthodoxie ist klein und fast ohne Einfluß.

Die Oktober-Revolution 1993 hat erneut offenbart, daß es immer schwieriger wird, den Standpunkt der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) zu beurteilen. Patriarch Aleksij hatte Anfang Oktober die gegnerischen Seiten, also Repräsentanten von Präsident *Jelzin* und von Parlamentspräsident *Chasbulatow*, im Moskauer Daniilkloster zu Vermittlungsgesprächen eingeladen, aber diese blieben ohne Erfolg. Es ist nicht zu übersehen, daß beide Seiten die Verhandlungen genutzt

haben, um Zeit zu gewinnen. In besonderer Weise, so schien es, hatte sich der Patriarch für die im Weißen Haus Eingeschlossenen eingesetzt, etwa dafür, daß sie wieder mit Lebensmitteln, mit Strom, Wasser und Heizung versorgt würden. Daraus wurde abgeleitet, der Patriarch habe sich auf die Seite von Chasbulatow und Ruzkoj gestellt. Das stimmt so sicher nicht. Auf jeden Fall identifiziert er sich nicht mit dem von Jelzin angeordneten Sturm auf das Weiße Haus, der

wohl von einem großen Teil des russischen Volkes als ein staatsstreichartiger Akt betrachtet wird. Die vielen hundert Toten (man glaubt allgemein, die offiziell angegebene Zahl von ca. 150 Opfern sei von Jelzin heruntermanipuliert) werden Jelzin angelastet.

Aus dem Lager der Demokraten erhebt man den Vorwurf, die ROK habe sich gegen Jelzin gestellt: Priester des Patriarchats hätten sich während der Belagerung ständig im Weißen Haus aufgehalten, hätten dort getauft, Liturgien zelebriert und die Hl. Sakramente gespendet. Daß dasselbe aber auch außerhalb des Weißen Hauses, also unter den Belagerungstruppen Jelzins, geschah, wird oft verschwiegen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß der priesterliche Einsatz in diesem wie auch in jenem Lager nicht auf einer ausdrücklichen Weisung des Patriarchen beruhte. Vielmehr zeigte sich, daß insbesondere die im Weißen Haus tätigen Priester sich mit Chasbulatow, Ruzkoj und ihrer Position identifizierten. In diesem Zusammenhang wird gern darauf verwiesen, daß das strittige Religionsgesetz vom Sommer 1993, das die ROK praktisch wieder in die Rechte der Staatskirche einsetzt und das Wirken jeglicher nicht-orthodoxen Gemeinschaft in Rußland einschränken soll, im engen Zusammenwirken von Patriarch Aleksij und Parlamentspräsident Chasbulatow die parlamentarischen Hürden nahm. (Vgl. HK, November 1993, 586ff.), Jelzin hatte sich geweigert, dem Entwurf durch seine Unterschrift Gesetzeskraft zu verleihen. Übrigens wurde durch die Parlamentsauflösung jener Gesetzentwurf hinfällig – aber in der Praxis wird in Rußland so verfahren, als ob das Gesetz Gültigkeit besäße.

Droht eine „Ukrainisierung“ der ROK?

In der ROK wird, natürlich nicht offiziell, von der Gefahr einer „Ukrainisierung“ der Kirche gesprochen. Damit wird auf die Zustände in der Ukraine angespielt, wo statt der bis 1989 offiziell einzig „registrierten“ Kirche (Russisch-Orthodoxe Kirche – Moskauer Patriarchat) nach Abspaltungen heute vier Kirchen existieren: die „Ukrainisch-Orthodoxe Kirche – Moskauer Patriarchat“, die Rom unterstehende „Ukrainisch-Katholische (griechisch-katholische bzw. unier-te) Kirche“, die schismatische „Ukrainisch-Orthodoxe Kirche – Patriarchat Kiew“ und die ebenfalls schismatische „Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche“.

Die Kirche reflektiert die *Polarisierung in der russischen Gesellschaft*. Der Anspruch der ROK, zur Erneuerung der Gesellschaft beizutragen, indem sie den Menschen von den seelischen und geistigen Verkrümmungen des Sozialismus und des Atheismus sowjetischer Prägung befreie, ist daran zu messen, welche Zielvorstellung hinter einem solchen Anspruch steht. Zwar ist nicht zu übersehen, daß eine Veränderung der russischen Gesellschaft eingetreten ist, aber ob diese in westlicher, pluralistisch-demokratischer Optik eine Verbesserung darstellt, ist fraglich. Ein sehr großer, sich besonders lautstark gebender Teil der Kirche ist voll auf eine

stramm antiwestliche, nationalistisch-antisemitische Linie eingeschwenkt, die allein in der russischen Orthodoxie das Heil der Welt erblickt. Patriarch Aleksij selbst bemüht sich um einen Kurs, der in ebenfalls nationaler Prägung zu verhindern sucht, daß allzu viele der Gläubigen ins rechtsextreme Lager abdriften. Schließlich gibt es eine relativ kleine Gruppe, der man Demokratiebewußtsein und echten Erneuerungswillen hinsichtlich ihrer Kirche bescheinigen kann.

In welcher Weise sich diese Gruppierungen im praktischen kirchlichen Leben auseinandersetzen, mögen zwei Entscheidungen von Patriarch Aleksij II. und des Hl. Synods in den vergangenen Monaten zeigen. So beschloß der Hl. Synod, daß russische Geistliche an den Wahlen am 12. Dezember 1993 nicht für die russische Staatsduma kandidieren durften. Zuwiderhandelnde gingen des Priesteramtes verlustig. Begründet wurde diese Maßnahme mit dem Hinweis auf die politischen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft, die durch die Beteiligung von Priestern am Wahlkampf, womöglich in gegensätzlichen politischen Lagern, in die Kirche hineingetragen würden. Die frühere Mitgliedschaft höchster kirchlicher Würdenträger in sowjetischen Gremien, etwa im Obersten Sowjet, und die derzeitige Mitgliedschaft des Metropoliten Filaret von Minsk im Obersten Sowjet Weißrußlands begründete der Hl. Synod mit der besonderen Notwendigkeit kirchlicher Einflußnahme.

Von dem kirchlichen Dekret waren letztlich zwei Priester betroffen, von denen der eine seine Kandidatur schließlich zurückzog, der andere jedoch nicht: Priester *Gleb Jakunin*. Er ist der russischen Kirchenleitung schon fast 30 Jahre lang ein Dorn im Auge. Schon 1965 hatte er in einem Offenen Brief an den damaligen Patriarchen, Aleksij I. (Simanskij), das Grundübel der Kirche offen ausgesprochen: ihre Staatshörigkeit. Zur Strafe wurde der damals noch junge Priester – nicht vom Staat, sondern in vorauseilendem Gehorsam von der Kirche selbst – mit Zelebrationsverbot belegt. Dann richtete er 1975 an die Vollversammlung des Weltkirchenrates in Nairobi eine Erklärung zur Lage der Russischen Kirche, die dort, insbesondere unter der Delegation der ROK, erhebliche Verwirrung auslöste. Ende der 70er Jahre war Jakunin am Aufbau von *katechetischen Untergrund-Seminaren* in verschiedenen Städten beteiligt, die vorwiegend von jungen Leuten getragen wurden. Schließlich war er der Motor eines „Komitees zur Verteidigung der Rechte der Gläubigen in der UdSSR“, das Beschwerden über das zerstörerische Wirken staatlicher Organe aus den Gemeinden an den Patriarchen oder an den „Rat der Angelegenheiten der Religionen“ weiterleitete. 1979 wurde Jakunin schließlich verhaftet – erst durch Gorbatschows Amnestie von 1987 kam er wieder frei. Das Zelebrationsverbot wurde damals aufgehoben; im Bistum Moskau erhielt er eine Pfarrei.

1990 wurde Jakunin – gegen den Willen seines Bischofs, der in Jakunins Wahlkreis einen anderen Priester durchbringen wollte – zum Volksdeputierten gewählt. Sein politisches Mandat erlaubte ihm Einsichtnahme in KGB-Akten, von

denen er einige, in denen führende Bischöfe der ROK entlarvt wurden, veröffentlichte. Er forderte von seiner Kirchenleitung die Abberufung der KGB-belasteten Bischöfe. Als dies nur in unzureichendem Maße geschah, wurde Jakunins Rolle zunehmend tragisch. Von der Kirchenleitung ins Abseits gedrängt, wehrte er sich immer verzweifelter durch heftige Anklagen gegen diese. Im Obersten Sowjet kämpfte er mit aller Kraft – zuletzt als einziger – gegen das 1993 von der Russischen Kirche forcierte, sich gegen nichtorthodoxe Kirchen richtende Religionsgesetz.

Das Verbot des Hl. Synods für Priester, sich an den Duma-Wahlen am 12. Dezember zu beteiligen, sollte Jakunin daran hindern, sich um einen Sitz in der Staatsduma zu bemühen. So wurde ihm konsequenterweise auch nicht die Möglichkeit zeitweiliger Suspendierung vom Priesteramt, die es 1990 bis 1993 faktisch gegeben hatte, angeboten. Jakunin wurde vor den Hl. Synod geladen, aufgefordert, seine Kandidatur zurückzuziehen, und, als er sich dazu nicht bereitfand, aus dem Priesterstand ausgestoßen. Seitdem ist Jakunins Haltung noch widersprüchlicher als zuvor: Einerseits tritt er trotz der Amtsenthebung in der Öffentlichkeit, etwa nach seiner Wahl in der Staatsduma, im Priestergewand als Priester der Russischen Kirche auf – der Patriarch hat deshalb beim Parlamentspräsidenten Beschwerde geführt. Andererseits zieht er gegen die Kirche in einer Weise zu Felde, die den Grad seiner Verzweiflung ahnen läßt.

Der Fall Georgij Kotschetkow

So veröffentlichte Jakunin am 19. Januar 1994 in der „Unabhängigen Zeitung“ einen Offenen Brief an Patriarch Aleksij, in dem er auf die erzreaktionären Kräfte in der Kirche hinweist, die immer größeren Einfluß gewinnen. Schließlich äußert er seine Besorgnis darüber, daß die straffe autoritäre Struktur der ROK eine kirchliche Erneuerung und insbesondere das Entstehen demokratischer Formen in der Kirche verhindere. Er wirft dem Patriarchen vor, die Kirche sei mit schuldig daran, daß *Schirinowskij* bei den Parlamentswahlen eine so massive Unterstützung aus dem Volk – und aus der Kirche – erfahren habe: Die Kirche habe in dieser tiefen geistigen und geistlichen Krise des russischen Volkes versagt. Schließlich erzürnt er die Kirchenleitung durch den Hinweis auf das angeblich zweifelhafte *Finanzgebaren der ROK* – auf „Schwarze Kassen“, aus denen sich Bischöfe und Priester selbst bedienen. Daß der Patriarch offenbar kaum Kontrolle über die Finanzen seiner Kirche hat, offenbarte eine Mitteilung in der russischen Presse, die der ROK vorwarf, sich mit 150 Mio. US-\$ an der russischen Diamantenförderung zu beteiligen. Die lahme Antwort des Hl. Synods war: Es sei der orthodoxe Hilfsfonds „orthodoxer Norden“ gewesen, der diese Investition getätigt hat, nicht die Kirchenleitung selbst... Gleichzeitig erreichen den Westen Hilferufe orthodoxer Priesterseminare: Wenn der Westen nicht helfe, müßten einige Anstalten geschlossen werden, weil das Geld feh-

le, um die in Internaten lebenden Seminaristen ernähren zu können.

Ein anderer Fall, der die kirchliche Szene beleuchtet, ist der des Priesters *Georgij Kotschetkow*. Nach Abschluß seiner Studien an der Moskauer Geistlichen Akademie zog er nach Paris und promovierte 1992 dort am berühmten russisch-orthodoxen Institut St. Serge. Nach Moskau zurückgekehrt, wurde ihm eine soeben vom Staat zurückgegebene Kirche zugewiesen, die aber erst für gottesdienstliche Zwecke neu hergerichtet werden mußte. Dies geschah sehr rasch: Sehr bald sammelte sich um den jungen Priester eine Gemeinde – die größte in ganz Moskau; fast alles junge Menschen, die durch „Vater Georgij“ den Weg zum Glauben gefunden hatten.

Aber bald gab es Beschwerden: Vater Georgij sei ein Ketzer, ein Reformist, ein Schismatiker usw. Der Grund für die Klagen: Georgij gebrauchte in der Liturgie vielfach nicht das in der ROK übliche Altkirchenslawische, das in seiner Allgemein(un)verständlichkeit etwa dem Mittelhochdeutsch eines Walthers von der Vogelweide entspricht, sondern hatte die kompliziertesten Stellen durch eine russische Übertragung ersetzt. Auch die Evangelien- und Apostellesungen erfolgten in russischer Sprache (in den orthodoxen Schwesterkirchen wird heute überwiegend ebenso verfahren). Zudem betete Vater Georgij die vom theologischen Gehalt her äußerst wichtigen „stillen“ priesterlichen Texte des eucharistischen Hochgebets laut, wie dies in anderen orthodoxen Kirchen auch üblich ist und von manchem russischen Theologen empfohlen wird. Patriarch Aleksij selbst macht entsprechende Versuche.

In einer Zeit, da das Volk endlich wieder die Möglichkeit hat, in die Kirche zu kommen, und wissen möchte, was dort vor sich geht, muß besonders die Göttliche Liturgie, die zentrale gottesdienstliche Feier der orthodoxen Kirche, der Katechese dienen, und zwar in russischer Sprache. Vater Georgij ging es darum, den Menschen die Göttliche Liturgie mit ihrem Lehrgehalt nahezubringen. Dabei trat er mitten unter das Kirchenvolk, um so die enge Verbindung zwischen Geistlichem und Volk erlebbar zu machen.

Beeindruckend war seine speziell *katechetische* Arbeit. Im allgemeinen mußte jeder Taufkandidat ein Jahr am Taufunterricht teilnehmen. Im Rahmen einer orthodoxen Abendhochschule bereitete er Hunderte junger Menschen auf katechetische und diakonische Aufgaben vor oder vermittelte den Zuhörern tiefe Einblicke in christliche, insbesondere orthodoxe Theologie und Lehre. An seinen theologischen Kursen (inkl. Fernstudium) nahmen 1300 Personen teil. Für seine katechetische Arbeit hatte Kotschetkow den Behörden schließlich die gesamte Kirche sowie ein größeres Nebengebäude abgerungen – ursprünglich war ihm nur eine Nische der Kirche zugewiesen worden.

Nur: Das alles war einmal. Am 31. Januar suspendierte der Patriarch den Priester Georgij Kotschetkow, er nahm der Gemeinde die Kirche und die dazugehörigen Gebäude fort und übereignete alles einem Kloster. Der Gemeinde wurde eine Kirche zugewiesen, in der – wohl noch lange – ein Marinemuseum untergebracht ist. Seit Oktober 1993 war in der Presse eine beispiellose Hetzkampagne gegen das Werk von

Georgij Kotschetkow entbrannt, er selbst erhielt sogar Bombendrohungen. Der Patriarch wurde aufgefordert, die Kirche zu schließen und den Priester zu entfernen. Kotschetkow sei ein „Erneuerer“ (= prosovjetsche orthodoxe Gruppierung der 20er Jahre), ein Häretiker, dem man beizeiten das Handwerk legen müsse. Lange reagierte der Patriarch nicht. Man kann annehmen, daß er im Grunde das Werk von Kotschetkow gutheißt. Doch orthodoxe Bruderschaften, die mittlerweile weit überwiegend im rechtsextremen Lager gelandet sind, drohten, Priester protestierten, Kosaken wollten den Gottesdienst stürmen. Auf diese Weise erhielt der „Fall Kotschetkow“ eine solche Brisanz, daß der Patriarch handeln mußte: Er gab dem Druck von rechts nach.

Der Patriarch und sein Mittelkurs

Aus vier Wochen Zelebrierverbot wurde ein Vierteljahr. Die Gemeinde versammelte sich zeitweise im Freien, zeitweise im Marinemuseum zum Gottesdienst. Georgij Kotschetkow hätte ohnehin nicht seines Amtes walten können: Wochenlang lag er im Krankenhaus – (zufälliges?) Opfer eines Verkehrsunfalles.

Patriarch Aleksij, gewählt 1990, vertritt einen gemäßigt nationalen Kurs, steht im Prinzip (entgegen Gleb Jakunins Vorwürfen) *hinter dem Reformkurs Jelzins*. Innerhalb der Kirche versucht er vorsichtig, einige aus der Sowjetzeit belastete Hierarchen und Kirchenfunktionäre zu entfernen – mit gewissem Erfolg. Ein Bischof wurde in eine Einsiedelei verbannt, der frühere Kiewer Metropolit Filaret seiner Würden entkleidet, aber in beiden Fällen war es nicht die politische Vergangenheit, welche die Bischöfe zu Fall gebracht hat, sondern andere Verfehlungen. Weitere Hierarchen, die öffentlich der Kollaboration mit dem KGB bezichtigt wurden, sind bis jetzt nicht einmal suspendiert, und die kirchliche Kommission zur Untersuchung von KGB-bedingten Vorwürfen wird von ihrem Vorsitzenden, Bischof *Aleksandr* von Kostroma, als „Farce“ bezeichnet. Der Patriarch hat offenkundig Probleme, sich gegen die altgedienten Bischöfe in der Kirchenleitung durchzusetzen und belastete Hierarchen in den Ruhestand zu schicken. Immerhin wurden die Rektoren der Geistlichen Lehranstalten von Moskau und St. Petersburg aus diesen Ämtern entfernt.

Der immer wieder erhobenen Aufforderung an die Kirchenführung, eine Reueerklärung abzugeben, da die ROK durch ihr Schweigen an Unrecht und Gewalt im Sowjetstaat mit-

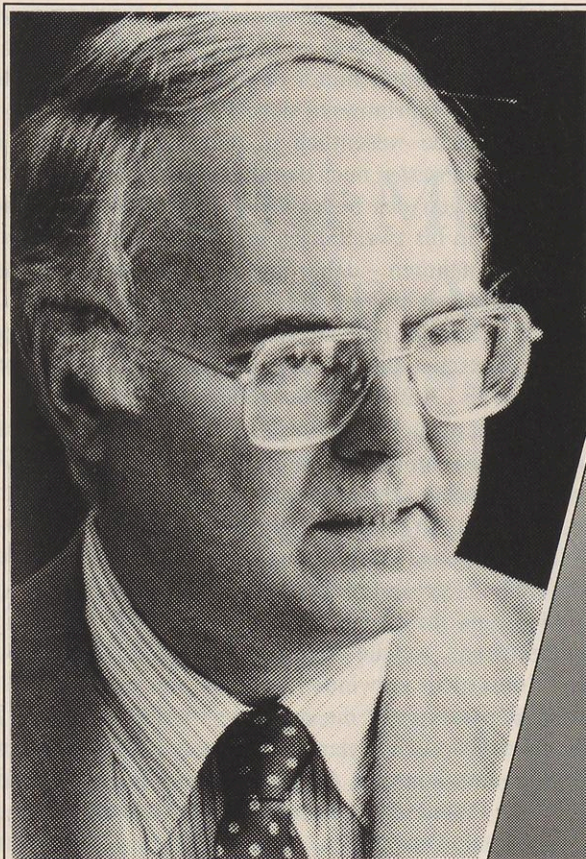


PHOTO BY ANKERS ANDERSON & CUTTS WASHINGTON DC

Rund eine Million Dollar, den »Templeton-Preis für Fortschritt in der Religion«, eine der höchstdotierten Auszeichnungen der Welt, erhält in diesem Jahr Michael Novak »als Pionier einer neuen Disziplin, der Theologie der Ökonomie«.

»Novaks sorgfältig strukturierte theologische und politische Argumentation besticht.« (Times)

»Ein brillantes Buch.« (News Journal)

Feinleinen DM 78,-
(ISBN 3-7820-0642-9)



KNECHT
Verlag Josef Knecht, Frankfurt am Main



Templeton-Preis

schuldig geworden war, kam allein Patriarch Aleksij nach – in Erklärungen, die nur seine Unterschrift, nicht aber die anderer Bischöfe trugen. Die Anhänger des Patriarchen haben, wie es scheint, nur wenige wichtige Machtpositionen in der Kirche inne.

In einer bewegenden Rede vor dem Kongreß amerikanischer Rabbiner (13.11.1991) versuchte der Patriarch, dem gegen die ROK erhobenen *Vorwurf des Antisemitismus* entgegenzutreten. Diese Rede wie auch die Reueerklärungen zeugen vom persönlichen Mut des Patriarchen, sich gegen Tendenzen in seiner Kirche zu stellen. Die New Yorker Rede hat in der Folge schwelende Tendenzen in der ROK erst richtig zum Ausdruck gebracht. Darin heißt es:

„... Das Einssein des Judentums mit dem Christentum hat seine Grundlage in spiritueller und natürlicher Verwandtschaft und in gemeinsamen positiven religiösen Interessen. Wir sollten eins sein mit den Juden, ohne uns vom Christentum loszusagen – nicht trotz unseres Christentums, sondern wegen unseres Christentums und im Namen unseres Christentums. Und die Juden sollten eins sein mit uns – nicht trotz ihres Judentums, sondern wegen ihres Judentums und im Namen ihres Judentums. Wir sind aus dem Grunde von den Juden getrennt, weil wir noch nicht wirklich und total Christen sind, und die Juden sind von uns getrennt, weil sie noch nicht wirklich und total Juden sind. Denn vollkommenes Christentum schließt Judentum in sich ein, und vollkommenes Judentum schließt Christentum in sich ein... In diesem Sinn äußerte sich Anfang dieses Jahrhunderts einer unserer Bischöfe. Das jüdische Volk ist uns im Glauben ähnlich. Euer Gesetz ist unser Gesetz. Eure Propheten sind unsere Propheten. Die Zehn Gebote Moses verpflichten Christen wie Juden. Wir möchten mit Ihnen stets in Frieden und Eintracht leben, auf daß es zwischen uns keinerlei Mißverständnisse, Feindschaft und Haß gebe.

Leider brechen in der heutigen, für unsere Gesellschaft so schweren, Zeit vermehrt antisemitische Tendenzen auf. Den Nährboden für solche Stimmungen, verbreitet bei Rechtsextremisten und rechten chauvinistischen Gruppen, bilden die jetzige Krisensituation und das Anwachsen von nationalem Separatismus. Es ist Aufgabe unserer Kirche, unserem Volk zu helfen, ... die Feindseligkeiten zwischen den Völkern und den engstirnig-egoistischen Chauvinismus zu bekämpfen ...“

Die Reaktion auf diese Rede in Rußland war deprimierend. Der tiefe Riß in der Kirche wurde nun offenbar – der Riß zwischen nationalen Extremisten und der gemäßigt konservativen Gruppe um den Patriarchen. In einem Offenen Brief an den Patriarchen war zu lesen:

„Eure Heiligkeit! Die Sorge um unser Vaterland und das Wohlergehen der Kirche ... zwingt uns dazu, Sie auf diesem Wege anzusprechen. Wir können in dieser Zeit böser Wirren den satanischen Versuchen, das heilige Rußland zu vernichten, nur gemeinsam widerstehen... Ihre Rede vor den Rabbinern in New York... versetzten der orthodoxen Welt einen regelrechten Schock... Diese Ihre Rede hat die Autorität des Patriarchen von Moskau und ganz Rußland massiv

erschüttert. Innerhalb der Kirche entstand eine Bewegung von Priestern, die ihren Patriarchen nicht mehr verstehen, die nur noch formal dem Patriarchat unterstehen und die Ihren Namen in den Gottesdiensten nicht mehr kommemorieren... Wie sind Ihre Zusagen zu verstehen, daß ‚die Fülle des Christentums das Judentum umarmt‘; wie sind die an die Rabbiner gerichteten Aufrufe zu deuten, sie mögen der ROK helfen, den ‚Chauvinismus‘ zu bekämpfen; was ist mit der Einladung zur ‚Vereinigung des Judentums mit dem Christentum... auf der Grundlage ihrer geistigen und natürlichen Verwandtschaft und ihrer identischen positiven geistlichen Interessen gemeint?...‘“

Die „Braun-Roten“, eine unheilige Allianz

In diesem Offenen Brief artikulierten sich in aller Deutlichkeit jene Kreise, die in der Kirche mittlerweile eine erschreckende Kraft darstellen: Die unheilige Allianz von Erzsreaktionären und Erzbolschewisten, die sog. „Braun-Roten“, gebärden sich lautstark. Ob sie eine beherrschende Stellung in der Kirche einnehmen, weiß niemand. Im Episkopat ist Metropolit *Ioann* von Petersburg ihr Wortführer. Wegen seiner antisemitischen, antiwestlich-chauvinistischen Schriften hat ihm der Patriarch verboten, in der kirchlichen Presse zu publizieren – dafür reißen sich „braun-rote“ Blätter wie „Sowjet Rußland“, „Der Tag“ u.a. um seine Beiträge. Er rühmt sich einer großen Anhängerschaft im Episkopat; seine Gefolgschaft unter Priestern und Laien ist unübersehbar.

Daß zahlreiche Priester hinter dem Petersburger Metropoliten stehen, dem Schirinowskij sicherlich seinen Respekt zollt, hat seine Ursache wesentlich in dem *erschreckenden Bildungsstand der Priester*, auch der altgedienten: Im Sowjetstaat mußten sie wegen des bedrohlichen Priestermangels meist bereits nach ein bis zwei Jahren im Priesterseminar Pfarrgemeinden übernehmen – daher ihre rudimentäre Ausbildung, die sie heute daran hindert, die Verführung von rechts zu erkennen. Was Priester im Katechismusunterricht heute jungen und alten Menschen bieten, kann man manchmal kaum noch anders denn als „Antisemitismusunterricht“ bezeichnen.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion ließ viele heimatlos gewordenen Kommunisten in der Kirche eine neue Wirkungsstätte finden. Das ist weniger paradox, als es klingt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es schon lange kaum noch Überzeugungs-, sondern nur noch „Berufs“-Kommunisten gab. Die Verselbständigung der nichtrussischen Sowjetrepubliken und ihr Abfall von der UdSSR führte bisherige „Kommunisten“, welche die territorialen Verluste des Sowjetimperiums nicht verwinden konnten, mit erzreaktionären „Patrioten“ zusammen, die im Zuge wiederbelebter Traditionen natürlich auch in der Kirche wieder wichtige Positionen einnehmen konnten. Gemeinsam und lautstark forderten sie die Wiederherstellung „Groß-Rußlands“ in den Sowjetgrenzen. Das Chaos, in dem die einst so mächtige Sowjetunion versinkt, vereint beide Gruppen im Ruf nach Recht und Ordnung. Der traditionelle russische *Antisemitis-*

mus war seit 1937 wieder zu einem sowjetischen Staatsprinzip geworden – auch darin finden sich also ehemalige Kommunisten und Erzreaktionäre vereint.

Der Mord an dem berühmten Erzpriester *Aleksandr Men*, jüdischer Abstammung, im September 1990, wird den radikalpatriotischen „braun-roten“ Kirchenkreisen zugeschrieben, die im Dreifaltigkeits-Sergij-Kloster in Sergiew Posad (Sagorsk) ihr wohl bedeutendstes Zentrum haben. Die wirtschaftliche, politische, kulturelle und menschlich-ethische Katastrophe hat unter den Russen zu einer gewaltigen *Orientierungslosigkeit* geführt. Extremistische Forderungen ziehen die Orientierungslosen in ihren Bann, besonders wenn der Westen, wenn Freimaurer und Juden, Katholiken und Protestanten und Ökumene, wenn Kapitalisten und Demokraten verflucht werden – als die Verursacher von Rußlands Unglück. Der Westen wolle (was ihm in den Jahrhunderten zuvor nicht gelungen war) das Große Rußland nun endgültig versklaven und die Orthodoxie, geistige Mitte des Russentums, auf dem Wege der westlichen Massenmission vernichten...

Es gibt in der Kirche nur wenige Demokraten

Eine kleine intellektuelle Gruppe in der Kirche wird unter solchen Umständen ausgegrenzt: Geistliche und Laien, die eine echte Erneuerung und – im Rahmen orthodoxen Verständnisses – eine gewisse *Demokratisierung der Kirche* anstreben.

Diese Kreise wünschen ein Aufbrechen der erstarrten hierarchischen und dogmatischen Strukturen, echte Katechese (und nicht reaktionäre Indoktrinierung), eine gewisse Aktualisierung der Liturgie, damit diese dem atheistisch geprägten, nach Gott fragenden Menschen eine Hilfe sein könne.

Zu dieser Gruppe gehören Intellektuelle wie der Altmeister der russischen Kulturgeschichte, Akademiemitglied Prof. *Dmitrij Lichatschow*, der frühere Präsident der Russischen Bibelgesellschaft, Akademiemitglied Prof. *Sergej Averincev*, sodann Freunde des ermordeten Erzpriesters Alexander Men sowie der weltweit verehrte russische, in London residierende Metropolit *Antonij* (Bloom). Hierher gehört auch *Georgij Kotschetkow*. Die Hetzkampagne richtet sich nicht allein gegen ihn, sondern gegen die ganze progressive Gruppe. Es ist übrigens erstaunlich, wie viele jüngere Beamte der Kirchenverwaltung hierzu zählen. Aber sie wagen es nicht, sich laut zu äußern.

Rußland versinkt immer tiefer im Chaos; gleichzeitig wird, trotz großer Prachtentfaltung, die Zerrissenheit der Russischen Kirche immer deprimierender. In ihrem derzeitigen Zustand ist sie keine Kraft, die Rußland aus der Krise führen könnte. Eine tragische Vergangenheit – 200 Jahre staatlicher Bevormundung von 1700 bis 1917, sodann 70 Jahre Entrechtung, Demütigung, Verfolgung und Zerstörung im Sowjetstaat – haben der ROK unglaublich viel Substanz geraubt. Man sollte heute keine Erwartungen in sie setzen, welche auch Kirchen im Westen selbst unter normalen Umständen nicht erfüllen können.

Gerd Stricker

„Von der Mündigkeit des Christen keine Abstriche machen“

Ein Gespräch mit dem protestantischen Ökumeniker Reinhard Frieling

Auch für die ökumenische Zusammenarbeit der Kirchen in Europa bedeutete die Wende von 1989/90 eine Zäsur. Angesichts neuer Herausforderungen wie Schwierigkeiten sind die einzelnen Kirchen und Konfessionsfamilien dabei, ihre Position in der ökumenischen Bewegung neu zu klären. Über das gegenwärtige protestantische Profil in Europa sprachen wir am Rande der Wiener Vollversammlung der an der Leuenberger Konkordie beteiligten Kirchen (vgl. ds. Heft S. 82) mit Reinhard Frieling. Er leitet das von der EKD getragene Konfessionskundliche Institut des Evangelischen Bundes in Bensheim. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Dr. Frieling, daß die reformatorischen Kirchen stärker als bisher gemeinsam Flagge zeigen sollen, war das Hauptanliegen der „Europäischen Evangelischen Versammlung“ von Budapest im Frühjahr 1992. Jetzt trafen sich in Wien die an der „Leuenberger Konkordie“ beteiligten Kirchen zu einer Vollversammlung mit dem Hauptthema „Wachsende Gemeinschaft in Zeugnis und Dienst der refor-

matorischen Kirchen in Europa“. Wie stehen die Chancen, daß es nicht bei Absichtserklärungen und Wünschen bleibt, sondern auch wirklich zu einem deutlicheren gemeinsamen Profil der europäischen Protestanten kommt?

Frieling: Man sollte die Chancen realistisch sehen. Der Protestantismus besteht aus einer Vielzahl von selbständigen